WELT ONLINE

23. Apr. 2012, 13:00
Diesen Artikel finden Sie online unter
http://www.welt.de/106211135

21.04.12 | **Sparkonten**

Inflation vernichtet jährlich 13 Milliarden Euro

Fast 1,4 Billionen Euro lassen Anleger auf Tagesgeldkonten und Sparbüchern versauern. Angesichts niedriger Zinsen und anziehender Inflation verschenken sie damit Milliarden. *Von Karsten Seibel*

© picture alliance/ Eibner-Pressefoto/ WON - Montage

Sparer verschenken jährlich 13 Milliarden Euro

Die Deutsche Bundesbank schaut Monat für Monat ganz genau hin: Wie viel Geld haben die privaten Haushalte auf Bankkonten liegen, wie viel auf Sparbüchern gebunkert und wie viel in Sparbriefe angelegt? Und welchen Zins erhalten sie dafür?

Für Einlagen, an die Kunden jederzeit herankönnen, gibt es im Durchschnitt lediglich noch 0,88 Prozent Zins pro Jahr. Besser als gar nichts, mögen sich viele Sparer sagen. Hauptsache das Geld ist auf dem Giro- oder Tagesgeldkonto sicher.

Doch genau dies ist eine Illusion. Das Geld ist zwar auch in einigen Monaten oder Jahren noch da, doch dann lässt sich mit ihm sehr viel weniger anfangen – denn zwischenzeitlich sind die Preise in Läden und an Tankstellen gestiegen, die Mieten haben sich erhöht.

Zins gleicht Inflation nicht aus

Der von den Banken gebotene Zins auf die meisten Sparformen reicht schlicht nicht mehr aus, um die Inflation auszugleichen (Link: http://www.welt.de/106194552) . Bei den insgesamt knapp 1,4 Billionen Euro, die Sparer als Einlagen bei ihrer Bank geparkt haben, findet eine riesige Kapitalvernichtung statt.

Nach Berechnungen der "Welt am Sonntag" sinkt der reale Wert der Ersparnisse privater Haushalte auf Jahressicht um 13,1 Milliarden Euro. Allein bei den täglich fälligen Einlagen, die die Bundesbank mit 758 Milliarden Euro ausweist, wird aus dem Zins von 0,88 Prozent nach Abzug der Inflationsrate von aktuell 2,1 Prozent eine negative Rendite von 1,22 Prozent.

Das führt zu einem Wertverlust dieser Einlagen von 9,3 Milliarden Euro. Nur jenen Kunden,

die bereit sind, ihr Geld länger festzulegen, zahlen Banken durchschnittlich noch etwas mehr als die Inflation.

Schuldenkrise ist schuld

Der Grund für das Dilemma ist schnell ausgemacht: die Schuldenkrise in Europa. Um Staaten vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren, senkte die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen immer weiter, überflutete die Märkte mit billigem Geld.

Eine Abkehr von dieser Politik ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Die Renditen deutscher Bundesanleihen erreichten in dieser Woche wegen der zunehmenden Sorge um die Bonität Spaniens neue Rekordtiefs. Für zweijährige Staatsanleihen gibt es lediglich noch einen Zins von 0,14 Prozent; selbst wer sein Geld für zehn Jahre dem deutschen Staat leiht, erhält dafür nicht einmal mehr 1,7 Prozent.

Die über Jahrzehnte dem Sparer eingetrichterte Gewissheit, dass es auf Einlagenkonten der Banken und bei deutschen Staatsanleihen Renditen ohne Risiko gibt, existiert nicht mehr. Denn wer dennoch an dieser Form der Geldanlage festhält, wird unweigerlich ärmer.

Assekuranz fordert höheren Leitzins

Mittlerweile stellt selbst die Finanzbranche die Verkaufsschlager der Vergangenheit infrage. "Das Modell Lebensversicherung ist nicht für eine Tiefzinsphase gebaut worden", sagte unlängst Nikolaus von Bomhard, Chef des Versicherers Munich Re (Link: /boerse/aktien/Muenchener-Rueckversicherungs-Ge-DE0008430026.html) . Vehement fordert die Assekuranz von der EZB eine Abkehr von der Niedrigzinspolitik.

Die Notenbank müsse ihre expansive Geldpolitik zurückfahren (Link: http://www.welt.de/106200371) . Der eingeschlagene Kurs bedrohe die Rentabilität der privaten Rentenversicherungen und führe zu höherer Inflation, sagte diese Woche Rolf-Peter Hoenen, Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV).

"Die Kosten dieser Strategie tragen die Altersvorsorgesparer", so sein Hinweis. Derzeit fällt es den Lebensversicherern schwer, überhaupt den zu Jahresanfang bereits gesenkten Garantiezins in Höhe von 1,75 Prozent am Kapitalmarkt zu erwirtschaften.

Realzins ist negativ

Andere sind über das Stadium der Appelle bereits hinaus. "Sparer und Anleger werden enteignet, diese Problematik gilt es zu akzeptieren", sagt Markus Steinbeis von dem Münchner Vermögensverwalter Huber, Reuss & Kollegen.

Ein dauerhaft negativer Realzins bedeute nichts anderes als eine sukzessive Enteignung der Sparer. Zur Veranschaulichung präsentiert er gerne eine Folie, darauf sind Kreise zu sehen, die immer kleiner werden.

100 Euro heute haben bei einem negativen Realzins von 2,5 Prozent nach zehn Jahren nur noch eine Kaufkraft von 78 Euro, nach 20 Jahren bleiben 60 Euro, nach 30 Jahren 47 Euro, ist dort zu lesen. "Altersarmut wird ein großes Thema in Deutschland", so sein Schreckensszenario.

Trend geht zu Sachwerten

Steinbeis gehört zu den Pionieren sogenannter Sachwertefonds. Sie geben sich nicht damit zufrieden, besser abzuschneiden als ein Index, sie wollen den tatsächlichen Wert ihres Portfolios erhöhen. Anlagen in Aktien, Edelmetallen, Rohstoffen und Immobilien sollen ihnen dabei helfen.

"Die Zeit, als Sparer in Deutschland vor allem Anleihen besaßen, sind vorbei. Aus Gläubigern müssen Eigentümer werden", so sein Credo. Sachwerte haben aus seiner Sicht den großen

Vorteil, dass sie sich nicht beliebig vermehren lassen – anders als die Geldmenge.

Steinbeis legte vor vier Jahren für die UniCredit-Fondstochter Pioneer den "Pioneer Investments Substanzwerte" (Wertpapierkennnummer 979200) auf und konnte sich damit wiederholt in der Spitzengruppe der Mischfonds platzieren.

Nach seinem Wechsel zu dem Vermögensverwalter für vermögende Kunden will er diesen Erfolg nun mit dem "Arbor Invest Substanzwerte" (WKN A1JTET) wiederholen.

Dividendenstarke Papiere bevorzugt

Eine ähnliche Strategie verfolgt Bert Flossbach, Mitgründer des Vermögensverwalters Flossbach von Storch in Köln. Er gehörte zu den Ersten, die schon vor Jahren vor einer Pleite Griechenlands warnten.

Gerade mit seinem Fonds "Flossbach von Storch Multiple Opportunities" (WKN A0M430) konnte er diese Überlegungen in eine überdurchschnittliche Wertentwicklung umsetzen. Schwerpunkt sind Aktien dividendenstarker, großer Konzerne wie Nestlé oder 3M, der amerikanische Technologiekonzern, dazu Gold und Wandelanleihen.

Dies brachte Anlegern im Vorjahr ein Plus von sieben Prozent. In diesem Jahr sind es bislang acht Prozent.

Wie schwer es ist, die Menschen in einen Fonds mit Schwerpunkt Aktien zu lotsen, weiß Flossbach. "Nach zehn Jahren Auf und Ab an den Börsen ist die Aktie für viele Anleger zu einem suspekten Spekulationsobjekt geworden", sagt er.

Noch dominiert das Festgeld

Viele zögen den sicheren realen Verlust auf ihre Festzinsanlage dem unsicheren Gewinnpotenzial einer Aktie vor. Doch wie schon Ende der 60er-Jahre in den Vereinigten Staaten, als steigende Staatsverschuldung und Inflation auf die Stimmung drückten, werden seiner Ansicht nach erneut Aktien von Unternehmen mit besonders verlässlichen Gewinnen als erste von einem Umdenkprozess profitieren.

Er sieht ein Gesamtrenditepotenzial von sieben bis zehn Prozent – davon ein Drittel aus Dividendenerträgen.

Leute wie Steinbeis und Flossbach gehören nicht zu jenen, die eine Hyperinflation heraufbeschwören und das Ende des Euro vorwegnehmen. Doch an dauerhaft niedrigen Zinsen und allmählich steigender Inflation geht aus ihrer Sicht kein Weg vorbei. Nur so lasse sich die Staatsverschuldung in Europa in den Griff bekommen. Ein lang anhaltender Wirtschaftsaufschwung sei nicht in Sicht, strikte Haushaltsdisziplin politisch kaum durchzusetzen.

"Inflation mit künstlich gedrückten Zinsen ist immer noch sozialverträglicher als ein Systemzusammenbruch", sagt Flossbach.

EZB wird Zinspolitik nicht ändern

Dass die EZB bald ihre Zinspolitik ändern könnte, wird auch von Bankvolkswirten, die sich mit Blick auf die Konzernpolitik oft zurückhaltender als eigenständige Vermögensverwalter äußern, nicht erwartet.

Im Gegenteil: "In einer neuen Eskalationsphase der Schuldenkrise wird die Notenbank nicht umhinkommen, noch einmal die Zinsen zu senken", sagt Norbert Braems, Chefvolkswirt des Privatbankhauses Sal. Oppenheim. Auch weitere Anleihenkäufe der EZB werden bei der Tochter der Deutschen Bank erwartet.

Anziehende Inflationsraten sieht Sal. Oppenheim auf absehbare Zeit für Europa allerdings nicht. Eine langfristige Analyse der Entwicklung in 14 Industriestaaten habe gezeigt, dass in Jahren des Schuldenabbaus ein niedriges Wirtschaftswachstum mit niedrigen Inflationsraten zusammenkomme. "In Ländern wie Spanien ist sogar eher mit einer Deflation zu rechnen",

sagt Braems.

Inflation in Deutschland dürfte anziehen

Niedrigere Inflationsraten würden trotz anhaltend niedriger Zinsen die realen Anlageverluste auf Sparkonten und beim Anleihenkauf ein wenig mindern. Doch gerade Deutschland könnte hier eine Ausnahmerolle spielen.

Viele Volkswirte gehen davon aus, dass dank der wirtschaftlichen Ausnahmestellung in Europa die Geldentwertung hierzulande zügiger voranschreiten wird als in anderen Ländern.

Vermögensverwalter Flossbach betrachtet die offiziell als Inflationsrate ausgewiesenen 2,1 Prozent für den Monat März bereits heute mit Vorsicht. "Zumindest in den wirtschaftsstarken Ballungszentren dürfte die Inflation schon allein aufgrund der steigenden Mieten deutlich über dem offiziellen Bundesdurchschnitt liegen", sagt er.

Da wird die Suche nach höheren Bruttorenditen fast schon zur Pflicht. Wobei jeder für sich entscheiden muss, wie viel Risiko er bereit ist einzugehen. Aktien, Immobilien, Edelmetalle sind eine Möglichkeit.

Unternehmensanleihen als Ausweg?

Auch Unternehmensanleihen werden gerne genannt. Wobei hier die Renditen mittlerweile kaum höher als bei Staatsanleihen sind. So bringt eine Anleihe der Deutschen Telekom (WKN A1AY27) zwar drei Prozent Rendite pro Jahr, dafür muss der Anleger allerdings auch zehn Jahre auf sein Geld verzichten. Ein Papier des von Ratingagenturen höher eingestuften Autobauers Daimler (Link: /boerse/aktien/Daimler-AG-DE0007100000.html) wirft gerade noch 2,6 Prozent (WKN A1MLXN) ab, Laufzeit bis 2019.

Alle, die ihr Geld auf niedrig verzinsten Sparbüchern und Tagesgeldkonten haben, sollten zumindest schauen, dass sie in lukrativere Produkte wechseln. Einige Festgeldanbieter, wie die DenizBank oder die VTB Bank, zahlen für ein Jahr immerhin drei Prozent Zinsen.

Auch mit Tagesgeldangeboten, beispielsweise der ABN-Amro-Tochter MoneYou (2,65 Prozent) und der Bank of Scotland (2,6 Prozent), lässt sich die Inflation ausgleichen. Selbst nach möglicherweise anfallenden Steuern bleibt der Wert des Ersparten erhalten.

Das wird als dauerhafte Lösung des Problems zwar nicht reichen. Zumal die Einlagensicherung bei vielen Banken bei 100.000 Euro endet. Doch solche Sparer gehören zumindest nicht mehr zu all jenen, deren Bankeinlagen stetig an Kaufkraft verlieren – aufaddiert um mehr als 13 Milliarden Euro.

© Axel Springer AG 2012. Alle Rechte vorbehalten